



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 19.03.2025
– Auszug aus Drucksache 19/5941 –**

**Frage Nummer 38
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

**Abgeordneter
Arif
Taşdelen
(SPD)**

Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Unternehmen in Nürnberg, die selbst nicht an Messen teilnehmen oder dort ausstellen, dennoch Geschäftspartner und Kunden empfangen und hierfür bezahlbare Hotelkapazitäten in Nürnberg benötigen, jedoch während großer Messen keine Übernachtungsmöglichkeiten verfügbar sind sowie die Übernachtungspreise sowohl in der Stadt als auch der umliegenden Region auf unzumutbare Höhen steigen, frage ich die Staatsregierung, inwiefern sie Handlungsbedarf sieht, um sicherzustellen, dass diese Unternehmen auch während Messezeiten angemessenen Zugang zu Hotelkapazitäten erhalten, und ob es Überlegungen in Zusammenarbeit mit der Stadt Nürnberg gibt, mit der Messegesellschaft und der Hotelbranche eine freiwillige Selbstverpflichtung oder andere Maßnahmen zu vereinbaren, um überhöhte Preissteigerungen während Messezeiten zu begrenzen und so grundsätzlich eine ausgewogenere Preisgestaltung im Hotelgewerbe in Bayern, insbesondere an stark frequentierten Messe- und Veranstaltungsorten, sicherzustellen?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie in Abstimmung mit dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Die Preisgestaltung im Hotelgewerbe ist keine staatliche Aufgabe, sondern wird durch den Markt und Bewertungsplattformen reguliert. Zudem haben die Hotelkapazitäten in Nürnberg in den letzten Jahren stetig zugenommen.

Darüber hinaus ist seit 2025 ein KI-basiertes Auswertungstool im Einsatz, um die Entwicklung und Preisgestaltung der Hotelpreise während der Laufzeit der Messen zu monitoren.

Die günstige Verkehrsanbindung der Messe Nürnberg ermöglicht zudem Übernachtungsmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet sowie im Nürnberger Umland. Im Übrigen sind Preisbegrenzungen rechtlich nicht zulässig, da sie gegen das Wettbewerbsrecht verstößen würden.